

## **Around Europe - Deutsche Ausgabe Nr 277 November 2005**

### **Friedenssteuer - Das juristische Dilemma**

In der letzten Ausgabe von Around Europe berichteten wir kurz über die Aktionen der Gerichtsvollzieher in Großbritannien gegen den Kriegssteuerverweigerer Robin Brookes. Im Folgenden stellen wir weitere Überlegungen zu diesem Thema an.

Es ist wichtig, die Begründungen anzuschauen, unter denen die Gerichte es ablehnen, zugunsten von Kriegssteuerverweigerern aus Gewissensgründen zu entscheiden, wenn diese von den Finanzbehörden vor Gericht gebracht werden.

Darunter sind die Folgenden:

- Die Urteile halten dafür, dass die Notwendigkeit, dass der Staat ein einheitliches Steuersystem beibehält, schwerer wiegt als die Einwände aus Gewissensgründen gegen die Verwendung von bestimmten Teilen der Steuer.
- Die Urteile halten dafür, dass die Gerichte, solange es keine gesetzliche Handhabe gibt, die das Umlenken von Steuergeldern weg von militärischen Zwecken vorsieht, nicht zugunsten der Kriegssteuerverweigerer entscheiden können.

Diese Argumente weisen auf mehrere wichtige Punkte hin:

Erstens ist das keine Frage der Erhebung von Steuern, und keine, die von den Finanzbehörden entschieden werden kann. Die Finanzbehörden haben die Aufgabe, Steuern einzuziehen, und nicht, über die Zulässigkeit von Einwänden aus Gewissensgründen von Steuerzahlern gegen die Verwendung ihrer Steuergelder zu entscheiden. Die Finanzbehörden haben auch keinen Einfluss darauf, wofür die Steuern verwendet werden. Das ist Sache der gewählten Regierung.

Zweitens erlässt die Rechtsprechung keine Gesetze, sondern sie spricht Recht aufgrund der bestehenden Gesetze. Dies bedeutet, dass sie nur existierende Gesetze anwenden kann. Die Tatsache, dass dies in Rechtssystemen, die auf Präzedenzfällen beruhen, nicht so klar zu trennen ist, ändert nichts daran.

Friedenssteuerinitiativen gehen auf zwei verschiedenen Wegen vor: Entweder sie protestieren persönlich, indem sie den betreffenden Teil der Steuer einbehalten, und dann von den Finanzbehörden vor Gericht gebracht werden. Entweder sie müssen dann zahlen, oder sie müssen damit rechnen, dass Sachen ihres beweglichen Vermögens eingezogen bzw. gepfändet werden, oder dass sie ins Gefängnis kommen. Der andere Weg besteht darin zu versuchen, die Gesetzgebung dazu zu bringen, Gesetze zu erlassen, die die Weigerung aus Gewissensgründen anerkennen, Steuern für Militärausgaben zu zahlen.

Die "Peace Tax Seven" (Sieben Kriegssteuerverweigerer aus Gewissensgründen), zu denen Robert Brookes gehört, begehen den ersten der beiden Wege, und haben soweit es möglich war, ihre Sache durch die englischen Gerichte gebracht. Der letzte Gerichtsbeschluss in ihrem Fall war im Juli 2005, wobei der Oberste Gerichtshof (High Court) ihren Antrag ablehnte, den Fall voll zu verhandeln. Kurz gesagt, war der Gerichtshof der Ansicht, dass dies ein Fall für den Europäischen Gerichtshof für

Menschenrechte sei, der schon in ähnlichen Fällen Entscheidungen getroffen habe, die der Englische Oberste Gerichtshof zurückweisen müsste, um zugunsten der Peace Tax Seven entscheiden zu können. Der Fall der Peace Tax Seven wird aber weitergeführt, bis die heimischen Verfahren ausgeschöpft sind. Dies ist erforderlich, damit ihr Fall vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zur Verhandlung zugelassen wird.

Der QCEA hat den anderen Weg eingeschlagen, nicht weil wir mit dem Weg der Peace Tax Seven nicht einverstanden sind, sondern weil wir es für notwendig erachten, den Gerichten eine Handhabe zu geben, damit sie zugunsten der Kriegssteuerverweigerer aus Gewissensgründen entscheiden können.

Der Europarat verabschiedete 1967 eine Resolution, derzufolge der Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention auch für die Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen gilt. Der QCEA hat nun argumentiert, dass in logischer Konsequenz der Artikel 9 auch für die Weigerung aus Gewissensgründen gilt, Steuern für Militärausgaben zu entrichten. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist gegenteiliger Ansicht.

Deshalb arbeiten wir darauf hin, dass der Europarat eine Resolution verabschiedet, die die Resolution von 1967 auch auf die Steuergesetzgebung ausdehnt.

Bis jetzt haben wir mit anderen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), die sich beim Europarat für Menschenrechtsthemen engagieren, sowie mit einigen Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung des Europarats Gespräche in dieser Richtung geführt. Ihr Hauptargument gegen einen solchen Schritt besteht darin, dass es dafür im Gesetz keinen Präzedenzfall gibt.

Aber wie der Fall der Peace Tax Seven klar gezeigt hat, sind die Gerichte der Ansicht, dass das Gesetz keine Grundlage bietet, zugunsten der Kriegssteuerverweigerer zu entscheiden.

Der QCEA plant jetzt, mit den Peace Tax Seven zusammen zu arbeiten, um zu erreichen, dass wir eine stärkere Unterstützung von NGOs und Straßburger Parlamentariern in Richtung auf eine gesetzliche Lösung bekommen, bis der Fall der Peace Tax Seven vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kommt.

Wir hoffen, dass diese Vorgehensweise, die den persönlichen Protest mit dem gesetzgeberischen Weg kombiniert, dazu führen wird, dass dieser Teufelskreis durchbrochen wird.

Weitere Informationen über die Peace Tax Seven unter [www.peacetaxseven.com](http://www.peacetaxseven.com)

Weitere Informationen über die Arbeit des QCEA zu Fragen der Friedenssteuer unter [www.quaker.org/qcea/peacetax](http://www.quaker.org/qcea/peacetax)

*Martina Weitsch*  
*Übersetzung: Eckard Teichert*

## Transparenz und Offenheit in der Europäischen Union

Der europäische Ombudsmann mag nicht der Bekannteste von den europäischen Institutionen sein, aber der derzeitige Amtsinhaber, Nikiforos Diamandouros, hat eine Lanze für Offenheit und Transparenz gebrochen. Am 4. Oktober 2005 veröffentlichte er seine Untersuchungsergebnisse in Bezug auf eine Beschwerde von Elmar Brok, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender des Ausschusses für Äußeres im Europäischen Parlament.

In seiner Beschwerde argumentierte Herr Brok, daß der Rat nicht seinen Verpflichtungen nachkommt, wie sie in Artikel 1(2) des Europäischen Vertrages niedergelegt sind. Dort steht geschrieben, daß "Entscheidungen so öffentlich wie möglich und so bürgernah wie möglich getroffen werden müssen".

Der Ombudsmann fand heraus, daß der Rat, dessen derzeitige Verfahrensregeln öffentlichen Zugang zu Sitzungen nur unter sehr eingeschränkten Umständen zuläßt, keine plausiblen Gründe dafür hat, diese Regeln nicht zu ändern, und sich daher schlechter Amtsführung schuldig gemacht hat, weil er nicht dazu in der Lage war, dies zu tun, damit die Öffentlichkeit einen besseren Zugang zu den Sitzungen hat.

Ihr könnt mehr über die Arbeit des Ombudsmannes und die Vorschriften, nach denen er vorzugehen hat, herausfinden unter

[www.euro-ombudsman.eu.int](http://www.euro-ombudsman.eu.int)

Die Frage ist jetzt natürlich, was der Rat daraus machen wird. QCEA hat an Jack Straw geschrieben, um zu fragen, welche Pläne die Präsidentschaft des Vereinigten Königreichs hat, um hierauf zu reagieren. Vielleicht habt Ihr ja Lust, dieselbe Frage den Außenministern in Euren Ländern zu stellen.

*Übersetzung: Helge Moog*

## Friedensnobelpreis 2005 - 1000 Frauen haben verloren

Der Friedensnobelpreis des Jahres 2005 wurde an die Internationale Atomenergie Behörde (IAEA) und ihren Generaldirektor, Mohamed El Baradei, verliehen. QCEA gratuliert der Behörde und Mohamed El Baradei zu dieser Auszeichnung.

LeserInnen von Around Europe werden sich allerdings daran erinnern, daß wir in unserer Ausgabe vom September 2005 über ein Projekt berichteten, das 1000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005 nominiert hatte, von denen jede einen bedeutenden Beitrag zum Frieden geleistet hatte, gleichsam stellvertretend für die tausende von Frauen, die für den Frieden arbeiten. Wir teilen die Enttäuschung der Initiatoren dieses Projekts, da wir, wie sie, sehr gehofft hatten, daß die 1000 vorgeschlagenen Frauen Anerkennung für ihre unermüdliche und mutige Arbeit für die Sache des Friedens finden würden.

Dennoch ist die Arbeit des Projekts nicht vergebens gewesen. Es gibt jetzt ein Buch, das am 21. November 2005 herausgegeben werden soll, sowie ein Satz von 1000 Karten, die gekauft werden können. Da die Karten auf sehr einfache Weise und ohne,

daß dazu viel Technik notwendig wäre, ausgestellt werden können, sind sie ein besonders nützliches Mittel, um ein Licht auf den immensen Beitrag zu werfen, den Frauen in vielen Teilen der Welt für den Frieden leisten.

Für weitere Informationen über das Projekt, das Buch und den Kartensatz, schaut nach unter

[www.1000peacewomen.org](http://www.1000peacewomen.org)

*Übersetzung: Helge Moog*

## **Eine neue Kraft in der europäischen parlamentarischen Demokratie?**

Ist es zu früh, jetzt schon über die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament zu sprechen? Es wird erst 2009 so weit sein, und das ist noch lange hin. Wenn aber das Ziel ist, eine neue Kraft in dieser Wahl zu erhalten, eine Kraft, die sich auf eine europäische Perspektive konzentriert anstatt auf 25 nationale, dann sind vielleicht 4 Jahre nicht lang genug.

Die neue Kraft in der europäischen parlamentarischen Demokratie nennt sich "Newropeans" (Neuropäer), die erste transeuropäische Bewegung ohne nationale Ebene. Das klingt wie ein weiterer Schritt in Richtung europäischer Integration, der Verlust nationaler Identität und Souveränität und sogar einen Schritt weiter als der Föderalismus, aber ist es das wirklich? Halten wir eine Minute inne und sehen uns an, was diese neue Organisation sagt:

Wie sieht die Politik im gegenwärtigen europäischen Parlament aus? Mitglieder des europäischen Parlaments (MEP) werden auf nationaler Basis gewählt, d.h. jeder Mitgliedsstaat hat eine festgelegte Anzahl von MEPs. Sie werden von nationalen Parteien für die Wahlen aufgestellt. Es ist daher völlig logisch und verständlich, dass viel von der Debatte während des Wahlkampfes - wenn es überhaupt einen gibt - sich in den Geleisen der nationalen politischen Themen bewegt. Europäische Politik steht ziemlich weit unten auf der Prioritätenliste.

Im europäischen Parlament kommen dann die MEPs aus jedem Land zusammen mit den MEPs aus anderen Ländern und formieren sich zu einer Reihe von politischen Gruppen. Diese Gruppen sind sehr einflussreich in bezug darauf, wer der Sprecher/die Sprecherin ist bei verschiedenen Themen, und darauf, welche Positionen sie einnehmen zu Schlüsselthemen, über die sie entscheiden, aber sie haben weder ein gemeinsam verabschiedetes Gruppen-Manifest, noch hat ein/e einzige/r Bürger/in für die Gruppenposition ihre oder seine Stimme abgegeben. Dies jedenfalls ist die Behauptung der Newropeans bei jedem Vorgang. Aber haben sie recht?

Naja - ja und nein. Sie haben sicherlich Recht, was die Mehrzahl der politischen Gruppen auf europäischer Ebene angeht. Die Gruppe, auf die das nicht zutrifft, sind die Grünen/Europäische Freie Allianz. Sie hatten ein europäisches Manifest für die Wahl 2004, auf dessen Grundlage ihre Kandidaten in jedem Mitgliedsland ihren Wahlkampf durchführten. Aber da diese Gruppe nur 40 (oder weniger als 6%) von 732 Sitzen innehat, gibt es noch ziemlich viel Spielraum dafür, die europäische

parlamentarische Demokratie ins Rampenlicht der europäischen Öffentlichkeit zu bringen.

Die Newropeans stützen sich in ihrem Ansatz weniger auf einzelne Themen, sondern eher auf demokratische Verantwortlichkeit und Transparenz selbst als Thema. Das jedenfalls sagen sie in ihrem Manifest:

Die Bewegung ist daher gedacht als "Katalysator", der den Übergang ermöglicht von einer Nachkriegs-EU, bestehend aus Verwaltungen und nationalen Parteien, zu einer demokratischen EU, in der die Bürger/innen und Völker der Motor der wichtigsten europäischen Entscheidungen sind, unterstützt von einer genuin europäischen kompetenten und effektiven politischen Klasse, die in den Werten von Demokratie, Gerechtigkeit und Weltoffenheit wurzelt.

Die Newropeans sehen sich selbst als eine zeitlich begrenzte Bewegung, deren Zielsetzung sich erledigt hat, sobald alle politischen Parteien europäische Identität haben, so dass sich europäische Wahlkämpfe auf europäische Themen beziehen.

Warum? In ihren Worten: "weil die EU zu wichtig ist, um in den Händen von nationalen Parteien und von Bürokraten belassen zu werden". Und wer kann das bestreiten?

Im Augenblick suchen die Newropeans Mitglieder, die die Bewegung mit aufbauen und prägen helfen. Weitere Informationen über die Newropeans sind - auch in deutscher Sprache - zu finden unter: <http://www.newropeans.org>

Für diejenigen, die ein demokratisches Defizit auf europäischer Ebene sehen und etwas dagegen tun wollen, könnte dies ein Weg sein, der weiterführt.

*Übersetzung: Christa Dommel*

## **Online-Verzeichnis Europäische Friedensbewegung**

Der QCEA freut sich, das Erscheinen des Verzeichnisses der europäischen Friedensbewegung bekannt geben zu können. Das Verzeichnis ist zugänglich über die QCEA Website unter:

<http://www.quaker.org/qcea/peacedirectory>

Das Verzeichnis der europäischen Friedensbewegung, das eine Suche nach Ländern oder nach Themen erlaubt, ist eine online-Quelle für alle, die für den Frieden arbeiten und herausfinden möchte, wer noch in Europa auf diesem Gebiet tätig ist.

Informationen für Gruppen, die interessiert sind an einem Eintrag in das Verzeichnis der europäischen Friedensbewegung, sind erhältlich auf der QCEA Website unter: <http://www.quaker.org/qcea/peacedirectory/signup.htm>

Der Eintrag ins Verzeichnis ist kostenlos, der Zugang ebenfalls.

Rückmeldungen oder Kommentare zum Verzeichnis der europäischen Friedensbewegung bitte an das QCEA Büro.

*Übersetzung: Christa Dommel*

## Kurznachrichten

### Aufruf gegen Armut

Der "Globale Aufruf zum Kampf gegen die Armut" (Global Call to Action against Poverty, abgekürzt GCAP) ist eine internationale Kampagne, die sich aus vielen Gruppen und Organisationen zusammensetzt, die für wirtschaftliche Gerechtigkeit und Beseitigung von Armut weltweit kämpfen. GCAP wirbt für mehr und bessere Hilfe für arme Länder, Schuldenerlass, und für Handelsgerechtigkeit statt Freihandel. Sie rufen dazu auf, nationale Strategien zu entwickeln, um Armut zu bekämpfen und um für die Millenniumentwicklungsziele der Vereinten Nationen zu arbeiten, die nachhaltig, transparent, demokratisch und verantwortlich sind.

GCAP veranstaltet eine Weißes Band-Initiative (White Band Days) weltweit, um diese Botschaft zu verbreiten. Diese Tage sind dazu gedacht, mit internationalen Ereignissen und Konferenzen zu korrespondieren, die sich auf ökonomische und handelsbezogene Themen beziehen. Der nächste White Band Day wird am 10. Dezember sein, dem internationalen Tag der Menschenrechte, vor der 6. Welthandelsorganisations Ministerkonferenz, die in Hong Kong stattfindet vom 13.-18. Dezember.

Du kannst auf

<http://www.whiteband.org/Lib/about/about/News/actlocally/AllRegions> nachschauen und herausfinden, was in deinem Land los ist und wie du mitmachen kannst. Eine deutsche Version mit näheren Erläuterungen zu den Millenniumentwicklungszielen und der Weißes Band-Initiative findet sich unter <http://www.millenniumcampaign.de/archiv/meldungen/kommunen>.

### Neuer Kommissar für Menschenrechte des Europarates

Am 5. Oktober 2005 wurde Thomas Hammarberg, derzeitiger Generalsekretär des Internationalen Olof Palme Zentrums in Schweden und früherer Generalsekretär sowohl bei Amnesty International als auch beim Schwedischen Kinderschutzbund, durch die Parlamentarische Versammlung der Organisation zum neuen Kommissar für Menschenrechte des Europarates gewählt. Er wird sein Amt am 1. Januar 2006 antreten und folgt Alvaro Gil-Robles nach, dem ersten Kommissar für Menschenrechte, der 1999 gewählt wurde.

*Übersetzung: Christa Dommel*